

# Positionspapier

# Politische Bildung

September 2013



## Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage .....	2
2. Was ist Politische Bildung .....	3
3. Politische Bildung in der Schule .....	4
a. Aktuelle Probleme und Lösungsvorschläge .....	4
b. Demokratie lehren und leben .....	5
4. Politische Bildung im außerschulischen Bereich.....	5
5. Forderungen.....	7
6. Quellen .....	9

### 1. Ausgangslage

Demokratie ist eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Damit eine derartige Staatsform funktionieren kann, bedarf es der aktiven Teilhabe der Bevölkerung an der politischen Entscheidungsfindung. Dies setzt nicht nur den Willen der BürgerInnen, sich zu beteiligen voraus, sondern auch, dass sie gelernt haben, Politik zu verstehen und begründet beurteilen zu können. Politische Bildung ist daher wesentlich, um das Gelingen einer demokratischen Gesellschaft sicherzustellen. Denn nur solange Menschen ausreichend über die politischen Möglichkeiten in einer Demokratie informiert sind, werden sie sich aktiv politisch engagieren.

Die letzten Jahrzehnte haben einen Einbruch, sowohl was das Vertrauen in die Politik als auch die Teilhabe an ihr betrifft, mit sich gebracht. Immer mehr Menschen, quer durch alle Altersstufen, fühlen sich von PolitikerInnen und Parteien nicht mehr angemessen repräsentiert bzw. ernst genommen. Wachsendes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sowie daraus resultierende Politikskepsis sind die Folge.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, globale Probleme, wie der Klimawandel, Migrationsströme und Menschenrechtsfragen, sowie die steigende Bedeutung der Europäischen Union für unseren Alltag erhöhen die Komplexität politischer Herausforderungen und machen sie für viele Menschen oft schwer verständlich.



Politisches Desinteresse entspringt demnach oft dem Unvermögen, zunehmend komplizierter werdende politische Prozesse zu verstehen und angemessen einzuordnen. Der Prozess der Individualisierung unserer Gesellschaft hat zusätzlich zu einer Pluralisierung und Segmentierung von Lebensstilen geführt. Österreich ist heute eine multiethnische, multikonfessionelle Gesellschaft, in der traditionelle Sozialisationsmechanismen nur mehr bedingt politische Kompetenzen an Jugendliche vermitteln können. Abseits politischer und gesellschaftlicher Veränderungen hat das Internet die Art und Weise, wie wir Informationen aufnehmen, drastisch verändert. Neue Medien und der konstante Zugang zu einem schier grenzenlosen Informationsangebot bringen zwar ungeahnte Möglichkeiten mit sich, aber auch die Herausforderung, relevante Nachrichten von unwichtigen zu unterscheiden.

**Dies ist umso bedeutender, da nachweisbar Wissen über politische Prozesse zu einer steigenden Partizipation führt.** Vor allem bei Jugendlichen ist dies von hoher Bedeutung: so hat etwa eine Studie der OECD ergeben<sup>1</sup>, dass die zu erwartende Wahlbeteiligung von SchülerInnen in der 8. Schulstufe fundamental von deren politischem Wissensstand beeinträchtigt wird. Da sich soziale Verhaltensmuster, wie die Stimmabgabe bei Wahlen, in jungen Jahren herausbilden und später nur selten verändert werden, hängt die langfristige Wahlbeteiligung stark vom Politikwissen Jugendlicher ab. Eine Verbesserung der Politischen Bildungsangebote für Jugendliche ist in Österreich, angesichts der im Jahr 2007 beschlossenen Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre, besonders wichtig. Durch sie ergibt sich akuter bildungspolitischer Handlungsbedarf und die Notwendigkeit, Politische Bildung, v.a. auch für Bereiche des nicht-formalen Lernens, neu zu definieren.

## **2. Was ist Politische Bildung**

Politische Bildung schafft aus Sicht der Bundesjugendvertretung (BJV) die Grundlage für aktive und verantwortungsbewusste Partizipation. Durch adäquate Bildungsangebote werden junge Menschen auf die Ausübung ihrer Rechte und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft vorbereitet. Sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Rahmen geht es darum, unterschiedliche Standpunkte und Meinungen ausdrücken und kritisch hinterfragen zu können. Die Förderung demokratischer Handlungskompetenzen (Interessenausgleich, Konfliktregelung, Meinungsbildung, Entscheidungsfindung, etc.) ist dabei ebenso bedeutend wie der Erwerb von politischem Wissen (Werte, Modelle, historische Zusammenhänge)<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. OECD: Education at a Glance 2012.

<sup>2</sup> Vgl. Zentrum Polis, 5/2013.



### 3. Politische Bildung in der Schule

Schulen haben die gesellschaftliche Aufgabe, jungen Menschen Wissen, Normen und Werte weiterzugeben, und sind damit ein zentrales Element in jeder staatlichen Ordnung. In einer Demokratie müssen sie in der Lage sein, neben reinem Sachwissen auch Zivilcourage, Engagement und Toleranz zu vermitteln. Obwohl Österreich mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre europaweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat, hinkt unser Schulsystem im Bereich der Politischen Bildung hinterher. Zwar wurden in der Vergangenheit einige Reformen umgesetzt, die jedoch nicht flächendeckend greifen. Dies spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass auch SchülerInnen selbst immer wieder den Wunsch nach mehr Politischer Bildung in der Schule äußern<sup>3</sup>.

#### a. Aktuelle Probleme und Lösungsvorschläge

Obwohl in Österreich alle BürgerInnen ab dem 16. Lebensjahr wählen dürfen, bestehen drastische Unterschiede im Bereich Politischer Bildung an Schulen. An insgesamt vierzehn verschiedenen Schultypen, in sechs verschiedenen Schulfächern und beginnend in den verschiedensten Schulstufen wird Politische Bildung zumeist als Anhängsel behandelt. So wird Politische Bildung in den BMHS nur in Kombination mit Recht gelehrt, während es in AHS, HS und NMS als Teil des Faches Geschichte und Sozialkunde unterrichtet wird. Einzig in den Berufsschullehrplänen ist Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach etabliert.

Je nach gewähltem Schultyp werden manchen Jugendlichen politisches Wissen und Fertigkeiten umfassender vermittelt als anderen, dementsprechend werden sie sich besser oder schlechter in unserer Demokratie zurechtfinden. Um dieses Problem wenigstens teilweise zu lindern, wurde bereits 1978 an österreichischen Schulen Politische Bildung auch als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip eingeführt. Da es jedoch insgesamt zwölf verschiedene Unterrichtsprinzipien<sup>4</sup> gibt, kann auf diese Weise nur ein geringer Wirkungsgrad erzielt werden.

**Die BJV fordert daher die Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs Politische Bildung ab der 5. Schulstufe bei gleichzeitiger Beibehaltung des Unterrichtsprinzips für alle Schulstufen.** Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass alle jungen Menschen in Österreich gleichermaßen über ihre politischen Rechte und Möglichkeiten informiert werden. Durch die Etablierung dieses neuen Unterrichtsfachs fallen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Schultypen weg und eine hochqualitative Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen wird ermöglicht.

<sup>3</sup> Vgl. Schwarzer, S., Zandonalla, M., Zeglovits, et al., 2009.

<sup>4</sup> Vgl. BMBF: Unterrichtsprinzipien.



Durch die gleichzeitige Beibehaltung des Unterrichtsprinzips wiederum kann gewährleistet werden, dass auch in allen anderen Unterrichtsfächern Elemente der Politischen Bildung in den Unterricht einfließen können.

Ein weiteres grundlegendes Problem stellt die diesbezüglich unzureichende Ausbildung von Lehrkräften dar. Obwohl alleine aufgrund des übergeordneten Unterrichtsprinzips sämtliche Lehrkräfte entsprechend qualifiziert sein müssten, um Politische Bildung zu unterrichten, sind fachspezifische Lehrveranstaltungen im Rahmen der LehrerInnenausbildung noch immer nicht verpflichtend.

**Universitäten, Pädagogische Hochschulen und die zuständigen Ministerien müssen hier aus Sicht der BJV eine umfassende und fachgerechte Umgestaltung der Studieninhalte vornehmen.** Denn neueste Konzepte aus der Politikwissenschaft und den Sozialwissenschaften sowie die dazu passenden didaktischen Prinzipien haben bisher kaum Einzug gehalten und spielen in der Ausbildung des Lehrpersonals faktisch keine Rolle. Signifikante Qualitätsmängel in der Politischen Bildung an Schulen sind derzeit unvermeidlich, so verweist bspw. auch die Interessensgemeinschaft Politische Bildung darauf, dass ohne exzellent ausgebildete Lehrkräfte und mit nur unzureichendem Raum in den jeweiligen Stundenplänen, ein angemessener Unterricht nicht garantiert werden kann<sup>5</sup>.

## b. Demokratie lehren und leben

Schule soll, wie bereits angesprochen, nicht nur Faktenwissen vermitteln, sondern Demokratie auch aktiv leben, indem SchülerInnen mitgestalten und mitentscheiden können. Nur so können die für ein demokratisches Miteinander notwendigen sozialen Kompetenzen erworben werden. Die österreichischen SchülerInnenorganisationen leisten hier traditionell einen wesentlichen Beitrag, Schule demokratisch zu gestalten, und bieten jungen Menschen erste Möglichkeiten für politisches Engagement. Dennoch kommen die tatsächlichen Betroffenen, also die SchülerInnen, in bildungspolitischen Diskussionen zu wenig vor. Die (in Österreich gesetzlich verankerte) Schulpartnerschaft muss aus Sicht der BJV weiter gestärkt und ernst genommen werden: Das bedeutet, dass Mitsprache, Mitwirkung und Mitentscheidung aller Beteiligten gewährleistet sein müssen. Wesentliche Entscheidungen, welche den Schulalltag betreffen, müssen im partnerschaftlichen Dialog zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern beschlossen werden. Sämtliche Möglichkeiten für Demokratie an Schulen, welche in Österreich im SchUG geregelt sind, müssen daher wahrgenommen und umgesetzt werden<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Vgl. Interessensgemeinschaft Politische Bildung, 2010.

<sup>6</sup> Vgl. Zentrum Polis, 5/2013



## 4. Politische Bildung im außerschulischen Bereich

Politische Bildung findet jedoch auch zu einem gewichtigen Teil außerhalb des Unterrichts statt. Die österreichischen Kinder- und Jugendorganisationen leisten hier einen nicht zu unterschätzenden Beitrag bei der Ausbildung von Kompetenzen, welche es jungen Menschen ermöglichen, sich besser im politischen Bereich zu orientieren. Sie schaffen integrative und partizipative Freiräume, in denen Jugendliche durch freiwilliges Engagement in ihrem Verantwortungsgefühl gestärkt werden und sich soziale und interkulturelle Kompetenzen aneignen können. Dadurch ermöglichen sie komplementäre Zugänge zum formalen Bildungssektor in nicht-formalen Kontexten.

**Öffentliche Förderungen für Kinder- und Jugendorganisationen stagnieren auf Bundesebene seit dem Jahr 2001.** In Zeiten, in denen Kinder und Jugendliche die Unterstützung durch Jugendorganisationen, in denen ohnehin der mit Abstand größte Teil der Arbeit von ehrenamtlichen Freiwilligen getragen wird, dringend benötigen, ist es hier mittlerweile zu einem durchschnittlichen Verlust von etwa 20.000,- Euro pro Organisation gekommen. Diese Tatsache stellt die Arbeit vieler Kinder- und Jugendorganisationen vor große Herausforderungen. Die BJV fordert daher eine ausreichende finanzielle Unterstützung, unter anderem in Form einer gesetzlich abgesicherten Inflationsanpassung der Kinder- und Jugendorganisationen.

**Neben der angemessenen Bereitstellung von Ressourcen für die außerschulische Politische Bildung ist deren Miteinbeziehung in den Schulbereich ein weiterer notwendiger Schritt.** Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen PartnerInnen im Bereich der Politischen Bildung können einen geeigneten Rahmen für die Bearbeitung besonders sensibler Themenfelder, wie beispielsweise Diskriminierung, bieten. Das Spektrum solcher Kooperationen reicht von der Bereitstellung von didaktisch aufbereiteten Unterrichtsmaterialien oder Themenkisten über die Unterstützung und Beratung von Unterrichtsvorhaben bis hin zur gemeinsamen Durchführung von Unterricht, Projekten und Projekttagen. Auch hierfür müssen seitens der verantwortlichen politischen Stellen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.



## 5. Forderungen

Um die von der BJV angeführten Ziele zu erreichen, bedarf es der Umsetzung folgender Maßnahmen:

- **Einführung Unterrichtsfach Politische Bildung**  
Die BJV fordert die Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs Politische Bildung ab der 5. Schulstufe in allen Schulformen. Das Fach soll bis zur letzten Schulstufe durchgehend unterrichtet werden, um es den SchülerInnen auch zu ermöglichen, in diesem Fach zu maturieren.
- **Qualitätsoffensive Unterrichtsprinzip**  
Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung wird in der Praxis höchst unterschiedlich umgesetzt. Die BJV fordert daher die Evaluierung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung für alle Schulstufen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung auf Basis der Evaluierungsergebnisse.
- **Stärkung der Schulpartnerschaft**  
Wesentliche Entscheidungen, die den Schulalltag betreffen, müssen im partnerschaftlichen Dialog zwischen allen Beteiligten beschlossen werden. Die BJV fordert daher eine Stärkung der Schulpartnerschaft auf Schul-, Landes- und Bundesebene.
- **Weiterbildung**  
Die derzeit angebotenen Fort- und Weiterbildungsangebote zu Politischer Bildung für bereits in Schulen tätige PädagogInnen greifen aus Sicht der BJV, sowohl quantitativ als auch qualitativ, zu kurz. Die BJV fordert daher ein bundesweites Konzept zur Sicherstellung eines hochwertigen Fort- und Weiterbildungsangebots für PädagogInnen unter Einbeziehung maßgeblicher ExpertInnen.
- **Ausbildung**  
Die BJV fordert, dass in der Ausbildung aller künftigen LehrerInnen während des gesamten Studiums das Angebot sozialwissenschaftlicher und politikdidaktischer Lehrveranstaltungen sichergestellt sein muss. Dies ist insbesondere in Anbetracht des fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips Politische Bildung unabdingbar. Parallel zur Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs bedarf es außerdem der Einführung eines eigenen Lehramtstudiums.
- **Schulbücher und Unterrichtsmaterialien**  
Die BJV fordert, dass bei der Überarbeitung vorhandener Schulbücher aller Fächer das Unterrichtsprinzip Politische Bildung berücksichtigt wird und entsprechende Inhalte inkludiert werden. Zur Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs bedarf es der Entwicklung adäquater Unterrichtsmaterialien unter Einbeziehung des Fachwissens von maßgeblichen ExpertInnen des außerschulischen und schulischen Bereichs.



- **Förderung außerschulischer Politischer Bildung**  
Außerschulische Kinder- und Jugendorganisationen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation. Die BJV fordert eine Valorisierung der Fördersummen des Bundes-Jugendförderungsgesetzes sowie die gesetzliche Verankerung der Indexanpassung. Des Weiteren sollen die freien Fördertöpfe für die Unterstützung von besonderen Anliegen der Kinder- und Jugendarbeit gemäß B-JFG erhöht werden, um innovative Projekte in diesen Bereichen zu finanzieren.
- **Kooperation von schulischer und außerschulischer Politischer Bildung**  
Die Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Politischer Bildung schafft verbesserte Möglichkeiten und neue Lernkontexte für SchülerInnen. Die BJV fordert daher eine stärkere Miteinbeziehung von Projekten der außerschulischen Jugendarbeit in den schulischen Alltag.





## 6. Quellen

**BMBF:** *Unterrichtsprinzipien.*

<https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/prinz/index.html> [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**Interessensgemeinschaft Politische Bildung:** *Positionspapier zur Politischen Bildung an Österreichs Schulen.* Wien. 26. Feber 2010.

[http://www.igpb.at/Positionen\\_files/Positionspapier\\_Schulisch\\_26.2.2010.pdf](http://www.igpb.at/Positionen_files/Positionspapier_Schulisch_26.2.2010.pdf) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**OECD:** *Education at a Glance 2012: Highlights.* OECD Publishing. 2012. [http://www.oecd-ilibrary.org/education/education-at-a-glance-2012\\_eag\\_highlights-2012-en](http://www.oecd-ilibrary.org/education/education-at-a-glance-2012_eag_highlights-2012-en) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**Schwarzer, S., Zandonalla, M., Zeglovits, E., Perlot, F. & U. Kozeluh:** „Wählen mit 16“ – *Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008.* SORA Wien. 2009.

<http://images.derstandard.at/2009/05/15/studie.pdf> [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

**Zentrum Polis:** *Politik lernen in der Schule: Demokratie in der Schule. Mitreden –*

*Mitgestalten – Mitentscheiden.* In: **Polis Aktuell.** Wien. 5/2013. [http://www.politiklernen.at/site/shop\\_detail.siteswift?so=site\\_shop\\_detail&do=site\\_shop\\_detail&c=download&d=shop.item%3A106247%3A1](http://www.politiklernen.at/site/shop_detail.siteswift?so=site_shop_detail&do=site_shop_detail&c=download&d=shop.item%3A106247%3A1) [zuletzt aufgerufen: 24.06.2014]

